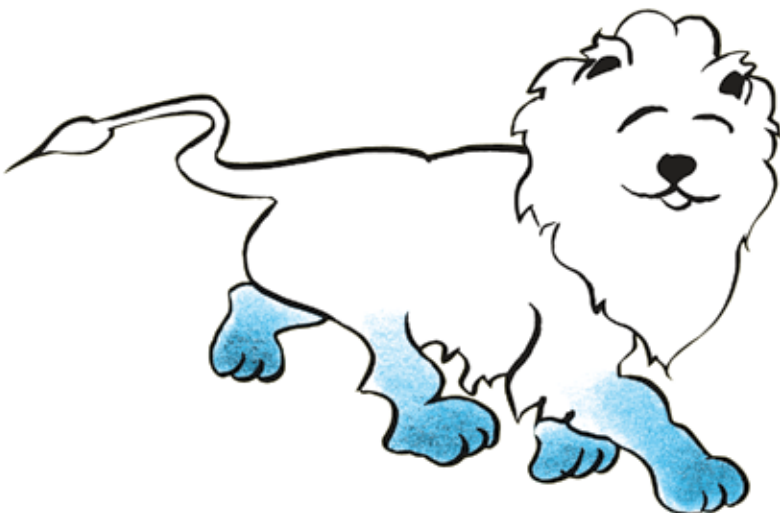


VStA-Info Nr. 1/2011
www.vsta.ch

Verband der Staatsangestellten des Kantons Zürich

Gegründet 1902



VStA-Info

Dem VStA angeschlossene Verbände:

- Fachverband der Steuerkommissäre und Bücherrevisoren
- Notarenkollegium
- Notarstellvertreter- und Angestelltenverein
- Verein der kant. Hausdienst- und Institutsangestellten (VHIZ)
- Zürcher Berufsverband der Logopädinnen und Logopäden (ZBL)
- Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung (ZLB)
- Verband Schweizer Gerichtsdolmetscher und -übersetzer (juslingua.ch)
- Vereinigte Schulpsychologinnen und Schulpsychologen des Kantons Zürich (VSKZ) Sektion des ZüPP
- Mittelschullehrerverband Zürich (MVZ)
- Einzelmitglieder

VStA-Info

Nr. 1 · 2011

Verband der Staatsangestellten
des Kantons Zürich

www.vsta.ch

Redaktion:

Co-Präsidium F. Hürlimann und
G. Koller

Gestaltung, Layout, Druck:
Druckerei Läderach AG, Bern

Auflage: 5000 Exemplare

Liebe Mitglieder

1. Rückblick und Ausblick

Zurück zu «Rückblick und Ausblick» im VStA-Info 1/2010. Die Welt wurde im Herbst 2008 bekanntlich überrascht durch die internationale Finanzkrise und viele waren damals der Meinung, es bedürfe bloss einiger Feuerwehreaktionen und es wäre in relativ kurzer Zeit alles, wie es war. Ein schnelles Vergessen liege in der Natur der Menschen und insbesondere der profitgierigen Anleger und Spekulanten. Sie würden ihre erheblichen Verluste mit gewissen Finanzvehikeln bald verschmerzen, so dass alles nur halb so schlimm gewesen wäre. Doch weit gefehlt! Wichtige Akteure von damals bekennen heute rückblickend offen, dass die Welt haarscharf an einer Weltwirtschaftskrise vorbei gegangen ist und nur die sofortige Reaktion der Staaten mit enormen Geldmitteln zur Stützung von wichtigen Banken und Schlüsselunternehmen hätten das Schlimmste verhindert. Dabei trat die «too big to fail» Problematik in aller Härte ins Rampenlicht, welche Erfahrung wir auch in der Schweiz machen mussten.

Ende 2010 sind wir wieder in einer sehr heiklen Situation. Die Probleme sind die EU und deren Einheitswährung «Euro». Die Politik der EU, welche Mitgliedsstaaten wie Griechenland, Portugal, Spanien und Irland, die bis zu ihrem EU-Beitritt zu den armen bzw. ärmsten Ländern Europas zählten, innerhalb von rund 20 Jahren mit einem gewaltigen Investitionsschub zu den reicheren EU-Ländern hinführen wollte, endet nunmehr für die betroffenen Länder in einem wirtschaftlichen Fiasco. Aber auch die EU als Ganzes gerät immer mehr unter Druck und die Ratlosigkeit und Uneinigkeit Brüssels, wie den wirtschaftlichen und politischen Problemen zu begegnen sei, scheint offenkundig. Griechenland und Irland sind unter dem provisorischen Schutzschirm und finanzpolitisch für Jahre massivst durch Brüssel bevormundet. Portugal, Spanien, Belgien und Italien werden bereits als Kandidaten gehandelt. Es dürfte kaum mehr lange gehen, bis die Mittel dieses Schutzschirmes massiv aufgestockt werden müssen. Doch das ganze Debakel ist je länger je mehr nicht mehr nur eine Frage der finanziellen Mittel, sondern des sozialen Friedens. Die Menschen in den betroffenen Staaten, welche sich nach Jahren des wirt-

schaftlichen Booms, ausgelöst durch Investitionsschübe der EU, nun plötzlich massiv einschränken müssen oder gar ihre Existenz verlieren, verlangen nachdrücklich mehr soziale Gerechtigkeit. Keine Woche ohne gewaltsame Demonstrationen oder Streiks, die das ganze Land und die Kontakte zur übrigen Welt vollständig lahm legen können. Diese Aktionen sind einerseits verständlich, andererseits sind sie aber auch geeignet, ein solches Land noch weiter in die Krise zu stürzen.

Völlig überrascht wurde die Weltöffentlichkeit durch die arabische Revolution in Tunesien und Ägypten, wo innert kürzester Zeit an sich stabil scheinende langjährige diktatorische Regimes innerhalb weniger Wochen von einem grossen Teil der Bevölkerung mit revolutionärem Enthusiasmus weggefegt wurden. Der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Diktatoren und gegen absolutistische Regimes arabischer Fürsten- und Königshäuser breitete sich unglaublich rasch auf weitere Staaten aus: Marokko, Algerien, Jordanien, Bahrain, Jemen, Iran, Saudiarabien und, wen erstaunt es, auch Libyen wurde erfasst. Die politisch gesellschaftliche Situation ist aber noch lange nicht bereinigt. Auf einige dieser Länder

kommen nach dem Umsturz gewaltige wirtschaftliche Probleme zu, was nur schon die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen betrifft. Die meisten dieser Länder verfügen über einen enorm hohen Anteil an jungen, arbeitsfähigen Menschen, denen das Heimatland nach Abschluss der Schulen oder eines Studiums auf lange Sicht keinen Arbeitsplatz anbieten kann. Dadurch ergibt sich ein schwerwiegendes Problem für das hochentwickelte Mitteleuropa. Hunderttausende dieser Menschen versuchen ihrer Hoffnungslosigkeit durch eine Flucht nach Mitteleuropa zu entkommen. Das wird auch die Schweiz bald stark belasten, sind wir doch eines der beliebtesten Einwanderungsländer für Arbeitssuchende.

Und zu guter Letzt hat die furchtbare Naturkatastrophe in Japan mit den schwerwiegenden Folgen der teilweisen Zerstörung von Atomkraftwerken der ganzen Welt ein Gefahrenpotential vor Augen geführt, dessen Folgen für uns weder in ökologischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht absehbar sind.

Diese Gesamtübersicht der grösseren und grossen Probleme im Umfeld der Schweiz wird sicher

Auswirkungen und Veränderungen für jeden von uns haben: Tourismus, Exporte/Importe, Arbeitsplatz, Lebenshaltungskosten, Kapitalerträge, Löhne/Renten usw.

2. BVK

Der nachfolgende Bericht wurde verfasst von unserem Vorstandsmitglied Arialdo Pulcini.

BVK Statutenrevision: Nachhaltige Finanzierung

Unlängst ist die Vernehmlassung zur nachhaltigen Finanzierung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich zu Ende gegangen. Die Vorlage hat ein sehr grosses Echo ausgelöst: Die BVK hat 260 Stellungnahmen erhalten, viele davon mit ausführlichen Kommentaren und interessanten Anregungen zu einzelnen Bestimmungen der Revisionsvorlage. Das Echo verrät eine grosse Sorge um die BVK. Deshalb haben sich die Vertreter der Verbände in der Verwaltungskommission stark engagiert und für eine gerechte und überzeugende Vorlage gekämpft.

Die Statutenrevision wurde in der Verwaltungskommission jedoch von Anfang als zwei separate Vorlagen behandelt und so auch

dem Regierungsrat übergeben. Die Vorlage beinhaltet nämlich einerseits eine Leistungsstrategie und andererseits eine Sanierungsstrategie. Diese Trennung ist wichtig, damit auch eine differenzierte politische Beurteilung und Entscheidung vorgenommen werden kann. Die Regierung hat die Vorlage jedoch gebündelt, was unseres Erachtens ein kapitaler Fehler ist.

Zur Vergangenheit: Was sind eigentlich die Ursachen für die heutige Unterdeckung?

Es sind wirtschaftliche, demografische und politische Gründe

Im Einzelnen:

- Hoher **technischer Zins** (Verzinsungssatz auf Altersguthaben) auf gut 46% des Kapitals (Rentnervermögen) verursacht Transferzahlungen von den Aktivversicherten zu den Rentnern von rund 100 Mio. Franken pro Jahr.
- Hoher **Aktienanteil (40%)**; bei einem Deckungsgrad von 120% im März 2000 bei Beginn der Hightech-Krise führte zu hohen Einbussen bis Ende 2002 (Deckungsgradverlust 30%).
- Zuerst steht man die Hightech-Krise bis zuletzt durch, dann reduziert die BVK anfangs 2003

ihre **Aktienanlagen**. Dadurch konnte sie von der einsetzenden **Erholung** nur beschränkt profitieren.

- Erneut hoher **Aktienanteil 45%**; (bei einem Deckungsgrad von 100%) bei Beginn der Finanzkrise im 2007. Die Kasse ist nicht risikofähig und trotzdem fährt sie sehr hohe Risiken. Dies führt zu hohen Einbussen bis März 2009 (Deckungsgradverlust von 30%). Im Vergleich: Die Pensionskasse der Stadt Zürich fuhr die gleiche Aktienquote bei einem Deckungsgrad von weit über 140%.
- Verwendung **freier Mittel** von Fr. 2.36 Mrd. zur Beitragsreduktion, Erlass Teuerung für Arbeitgeber und Abfederung des Primatswechsels zwischen 1996–2001 (**die Sünden der Jahre 1996–2001**). Aus dieser Zeit resultieren enorme Mehrprofite für den Kanton (siehe Tabelle unten).

Was bedeutet eigentlich die gewährte Minimalverzinsung auf dem Sparguthaben der Versicherten in den letzten Jahren?

Die Minimalverzinsung des Sparguthabens nach BVG hat das heutige definierte Leistungsziel (Rente = 60% des versicherten Lohnes im Alter 63) bereits auf 55% sinken lassen. Die Aktivversi-

cherten haben damit in den letzten Jahren bereits **über 1 Milliarde Franken** an der Sanierung der Kasse beigetragen.

Zur Vorlage

Wie bereits eingangs erwähnt erachten wir die Bündelung der beiden Geschäfte (Leistungs- und Sanierungsstrategie) in einer Gesamtvorlage als einen kapitalen Fehler.

Was beinhaltet die Leistungsstrategie?

Einerseits die Reduktion des technischen Zinssatzes (technische Verzinsung des Rentenkapitals) andererseits müssen auch die Umwandlungssätze nach versicherungstechnisch korrekten Kriterien angepasst werden. Dies bedeutet eine Senkung aller Umwandlungssätze. Die Leistungsstrategie beinhaltet zudem ein Abfederungsmodell (Aufwertung der Sparkapitalien um 7,3%), um die starken Einbussen für die künftigen Pensionierungen ein wenig zu mildern. Ausserdem werden die Sparbeiträge wieder auf das Niveau des Jahres 2000 angehoben. Das hat zur Folge, dass die Sparbeiträge gesamt für Arbeitgeber (AG) und Arbeitnehmer (AN) je nach Altersgruppe zwischen 1 bis

3% steigen (diese werden aufgeteilt im Verhältnis 60% AG und 40% AN).

Was beinhaltet die Sanierungsstrategie?

Sie beinhaltet ein sogenanntes Beteiligungskonzept. Dieses Modell sieht vor, dass die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite je nach Entwicklung des Deckungsgrades Sanierungsbeiträge leisten. Zudem werden die Versicherten eine Minderverzinsung gegenüber dem BVG-Minimum in Kauf nehmen müssen.

Aus Sicht der VPV werden mit der Statutenrevision folgende positiven Punkte erreicht:

- Renten werden langfristig gesichert
- Das Modell bietet eine gute Grundlage für die Zukunft
- Abfederungen (Besitzstand 60+ und Aufwertungsmodell)
- Weiterhin sehr gute Leistungen
- Erwerbstätige finanzieren nur noch ihre eigene Rente (keine Transferzahlungen mehr)
- Klare Spielregeln für die Zukunft

Die VPV stehen hinter der Leistungsstrategie und befürworten grundsätzlich auch das Beteiligungsmodell (Sanierungsmodell für die Zukunft).

Warum sind die VPV jedoch mit der jetzigen Ausgangslage (Startpunkt der Sanierung) in keiner Art und Weise einverstanden?

- Mehrprofite der Arbeitgeberseite in den Jahren 1996–2001 (siehe unten stehend Tabelle). Die Mehrprofite wurden zur Sanierung des Haushaltes verwendet (verbunden mit einer damaligen Lohnreduktion von 3% über eine Zeitdauer von 3 Jahren).
- Keine Mitbestimmung der Arbeitnehmerseite: Der Kanton trägt die alleinige Verantwortung bei der Anlagestrategie und deren Umsetzung. Die Arbeitgeberseite ging hohe Risiken ein – trotz mangelnder Risikofähigkeit der Kasse.
- Verluste aus verfehlter Anlagepolitik und mangelnder Corporate Governance.

Mehrprofite des Kantons: Wie sieht die Bilanz (Belastungen/Entlastungen) zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aus?

Entlastung Arbeitgeberseite in den Jahren 1996–2001

- Beitragsreduktionen: Fr. 404 Mio.
- Entlastung Ausfinanzierung der Rentenerhöhungen: Fr. 1'281 Mio.

**Total Entlastung Arbeitgeber:
Fr. 1'685 Mio.**

Ihre Gesundheit liegt uns am Herzen – umfassende Versicherungslösungen mit Sparpotenzial.

Prämien-
rabatt
bis zu 20%

Damit Sie und Ihre Familienangehörigen von attraktiven Prämien profitieren können, hat der Verband der Staatsangestellten des Kantons Zürich mit Sanitas Corporate einen Kollektivvertrag abgeschlossen.

Dank dem Kollektivvertrag sparen Sie bis zu 20% in den Zusatzversicherungen. In der Grundversicherung können Sie bei einem Abschluss eines Alternativen Versicherungsmodells von einem Prämienrabatt zusätzlich von bis zu 20% profitieren.

Bestellen Sie jetzt eine **persönliche Offerte** unter Telefon: 0844 150 150 oder E-Mail: kontakt@sanitas-corporate.ch mit dem Stichwort VStA (K001902).

Weitere Informationen finden Sie unter www.sanitas-corporate.ch.

sanitas
corporate

Entlastung Arbeitnehmerseite aus den Jahren 1996–2001

- Beitragsreduktion, Höherverzinsung, Initialgutschriften
./ Fr. 675 Mio.

– Mehrprofit Arbeitgeberseite aus den Jahren 1996–2001

Fr. 1'010 Mio.

Belastung Aktivversicherte in den letzten Jahren durch Minderverzinsung gegenüber dem heutigen Leistungsziel

Fr. 1'000 Mio.

Total Mehrbelastung Versicherte gegenüber Arbeitgeber

Fr. 2'010 Mio.

- **Verluste aus mangelnder Corporate Governance**
Hier sind detaillierte Abklärungen nötig (Korruption, Organisation, Prozesse, Intransparenz)

Die Forderungen der Verbände lauten:

- Eine saubere Ausfinanzierung der Kasse durch die Arbeitgeberseite; das würde heissen, dass der Kanton nach heutigem Stand eine einmalige Einlage von Fr. 3,3 Mia. leisten müsste, dann wäre

ein Deckungsgrad von 100% erreicht.

- Eine sofortige paritätische Mitbestimmung; will heissen:

In der heutigen Organisationsform via Delegationsverfügung des Regierungsrates

oder

eine sofortige Verselbständigung (Stiftung gemäss BVK Gesetz).

Es sei hier erwähnt, dass in der Vernehmlassung eine grosse Anzahl der angeschlossenen Arbeitgeber ebenfalls wie die Verbände gleicher Meinung ist, dass die alleinige Verantwortung beim Kanton liegt und deshalb eine volle Ausfinanzierung durch diesen zu erfolgen hat.

3. Versicherungen

Der VStA unterhält seit vielen Jahren mit praktisch allen grossen Krankenkassen Kollektivverträge, um seinen Mitgliedern zu vergünstigten Prämien zu verhelfen. Nunmehr ist es uns auch gelungen, für den übrigen Versicherungsbereich einen bedeutenden Anbieter (Gene-

rali) zu finden, welcher bereit ist, unseren Mitgliedern spürbare Prämienerabatte zu gewähren. Wir haben diese Angebotserweiterung Anfang April 2010 auf unserer Homepage www.vsta.ch verfügbar gemacht.

Wichtiger Hinweis:

An dieser Stelle möchten wir alle Mitglieder ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass mit dem Austritt (Kündigung, Todesfall) aus dem Verband alle Ansprüche auf Ermässigungen, welche mit der Verbandsmitgliedschaft verbunden sind, dahinfallen. Wer pensioniert wird, kann weiter als Pensionierter Mitglied bleiben.

Wir empfehlen Ihnen ausdrücklich, uns Veränderungen aller Art zu melden, damit Sie nicht der Mitgliedschaft verlustig gehen. Das gilt insbesondere bei Todesfällen, Namensänderungen, Trennungen, Scheidungen, Adressänderungen usw.

Personen, die bisher über ihren Ehegatten in den Genuss der günstigeren Versicherungsprämien gekommen sind, sollten uns solche Veränderungen ebenfalls sofort melden, sie können dann ebenfalls als Passivmitglied weiter dabei bleiben. Andernfalls müssen sie damit rechnen, dass die Vergünstigungen wegfallen.

4. PROTOKOLL der Generalversammlung vom 12. April 2010

Ort: Hotel Marriott
Neumühlequai 42
8006 Zürich

Zeit: 18:00–19:00 Uhr

Vorsitz: Ferdi Hürlimann
Co-Präsident VStA

Gerry Koller
Co-Präsident VStA

Traktanden

1. Protokoll der GV vom 2. März 2009
2. Feststellung der Präsenz und Wahl der Stimmenzähler
3. Jahresbericht des Vorstandes für 2009
4. Jahresrechnung und Déchargeerteilung
5. Festsetzung des Jahresbeitrages 2011
6. Beitritt neuer Verbände; Änderungen
7. Ersatzwahlen im Vorstand
8. Verschiedenes

Begrüssung

Gerry Koller begrüsst im Namen des Co-Präsidiums die Anwesenden herzlich. Die Traktandenliste gilt als genehmigt, da keine Änderungen gewünscht wurden.

1. Protokoll der Generalversammlung vom 2. März 2009

Das Protokoll wird von den Versammelten genehmigt. Die Arbeit von Richard Bucher und Graziella Zanoni wird verdankt.

2. Feststellung der Präsenz und Wahl der Stimmzähler

Es sind 98 Mitglieder anwesend. Als Stimmzähler werden Rico Rusconi und André Scherrer gewählt.

3. Jahresbericht des Vorstandes für 2009

Ferdinand Hürlimann hält Rückschau auf die Vorstandstätigkeit während des 108. Jahres seit Gründung des VStA.

Er stellt bedauernd fest, dass die Zeit der markanten Verbesserungen der Anstellungsbedingungen der Staatsangestellten vorbei ist. Seit 1991 werden Realloohnerhöhungen und der Teuerungsausgleich immer mehr in Frage gestellt. Seit 2008, dem Jahr der Finanzkrise, hat sich vieles verändert. Der Deckungsgrad der BVK hat geradezu einen Einbruch erlitten. Allgemein gesehen, war dies zu erwarten gewesen. Präsidium und Vorstand sind in vermehrtem Mass gefordert.

Weiter erläutert er, dass die Vereinigten Personalverbände (VPV) sich in einer Umstrukturierungsphase

befinden. Es sind einige Berater und Experten engagiert worden, und diese sind dementsprechend hoch entlohnt worden. Sie haben aber keine Verantwortung übernommen. Der VStA hingegen ist anders organisiert. Es werden weniger Berater angestellt. Vereinzelt Vorstandmitglieder tragen viel zur Verbandsarbeit bei. Arialdo Pulcini wird deshalb glänzend zum Co-Vizepräsidenten der VPV gewählt. Sein berufliches Fachwissen und sein enormer Einsatz in den VPV seien an dieser Stelle verdankt.

Beschäftigt hat den VStA die Teilohnrevision. Leider hat der Kantonsrat gegen das Personal entschieden – die VPV haben diese Änderung abgelehnt. Befürchtet wird, dass diese Teilohnrevision wenig Transparenz und Berechenbarkeit bezüglich Lohnerhöhungen mit sich bringe. Um eine willkürliche Verteilung zu vermeiden, wird der VStA die Entwicklung der Lohnsummenverteilung genau verfolgen. Leider fehlt der Ausgleich der Teuerung mit dieser Gesetzesrevision. Der Rückstand beträgt ohnehin schon 7%.

Der Zustand der BVK ist wenig erfreulich, Details hierzu wird A. Pulcini erörtern. Die komplexe

Der halbe
Kanton

Zürich

geht bei uns
ein und aus.



und anspruchsvolle Materie verfolgen unsere Vertreter genauestens.

Was die teilweise markanten Rabatte bei Krankenkassen und Sachversicherern betrifft, die dank den Bemühungen des Verbandes erwirkt werden konnten, verweist Ferdi Hürlimann die interessierten Anwesenden auf www.vsta.ch, wo die Anbieter vermerkt sind.

Die VStA-Vertreter, die Rechtsaukünfte erteilen, wurden vermehrt in Anspruch genommen. Es gab viele dringliche Fälle, bei welchen Konflikte mit dem Arbeitgeber in vollem Gang waren. Beratungen, Interventionen und Begleitung bei arbeitsrechtlichen Verhandlungen waren die Folge davon; bei gravierenden Auseinandersetzungen war die Begleitung zu zweit gefordert.

«San 2010» war ebenfalls ein Thema, das den gesamten Vorstand an drei Vorstandssitzungen beschäftigte sowie an vierzehn Sitzungen der VPV traktandiert war. Keinesfalls sind die beiden Vorstände gewillt, die Sozialpartnerschaft als Einbahnstrasse anzusehen. Da der Abschluss der Staatsrechnung 2009 nicht dermassen schlecht war, wie er prophezeit worden

war. Die Einnahmenseite gestaltete sich nicht derart negativ, wie dies vom Regierungsrat pessimistisch angekündigt worden war. Hingegen wird die eventuell bevorstehende Steuersenkung zu Sparmassnahmen beim Personal führen können.

Mit Sorge werden auch die Entwicklungen beim «Mammutvorhaben» in Form des neuen Polizei- und Justizentrums verfolgt.

F. Hürlimann kündigt an, dass sich A. Pulcini zur BVK äussern werde. Er dankt allen am Verband Beteiligten herzlich, die zum Gelingen der Arbeit des VStA beitrugen. Auch fordert er die Mitglieder auf, möglichst viele weitere für den Beitritt zum Verband zu gewinnen. Die Trittbrettfahrerei schade in wirtschaftlich angespannten Zeiten allen Angestellten in besonderem Ausmass.

A. Pulcini äussert sich zur BVK wie folgt:

– Grundlegend sei zu vermerken, dass der Bestand der BVK-Versicherten sich zu 57% aus Kantonsangestellten und zu 43% aus Angestellten bei angeschlossenen Institutionen zusammensetze.

- Seit 2001 wird die Teuerung auf die Renten nicht mehr gewährt.
- In den Jahren 1998–2001 wurden Beitragssenkungen beschlossen. Die Arbeitgeberseite hat davon überproportional profitiert und konnte somit den kantonalen Haushalt sanieren. Zwei Jahre später (2003) befand sich die BVK bereits in einer massiven Unterdeckung (Deckungsgrad: 88%). Damals hätte die Arbeitgeberseite die Kasse sofort sanieren müssen. Stattdessen wurde den Aktiven in den letzten Jahren nur noch die BVG-Mindestverzinsung gewährt. Aus diesem Handeln entstanden riesige Transferzahlungen von den Aktiven zu den Rentnern (jährlich zwischen 100 und 200 Mio. CHF).
- Trotz Widerstand und Warnungen von Arbeitnehmerseite ging die BVK in den letzten Jahren grosse Risiken ein, obwohl sie gemäss Deckungsgrad gar nicht risikofähig war. Die Arbeitgeberseite nahm unsere Warnungen nicht ernst. Die Finanzkrise bestätigte dann aber unsere Befürchtungen und verursachte grosse Verluste.
- Von Arbeitnehmerseite wurde immer wieder kritisiert, dass die Umsetzung der Anlagestrategie sehr intransparent sei. Alle aktiven Mandate kosten viel Geld und sind zum Teil sehr undurchsichtig.

Alle diese Tatsachen führten zu einer erneuten massiven Unterdeckung. Die Hauptverantwortung liegt bei der Arbeitgeberseite. Für die Vergangenheit trägt sie alleine die Verantwortung.

Für die Zukunft:

Unser Ziel ist es, künftig eine gesunde Kasse zu haben. Deshalb müssen wir zu einer neuen Leistungsstrategie Hand bieten (Senkung des technischen Zinssatzes und der Umwandlungssätze, Erhöhung der Sparbeiträge und zudem ein gerechtes Abfederungsmodell).

Das Allerwichtigste ist jedoch, dass der Arbeitnehmerseite künftig eine echte paritätische Mitbestimmung gewährt wird. Diese Forderung liegt schon lange bei der Regierung.

4. Jahresrechnung und Déchargeerteilung

Wie schon erwähnt, sind noch mehr Mitglieder als die aktuellen 4327 wünschenswert. Die Abgaben an die VPV sind gestiegen. Positiv zu vermerken sind die Inserateinnahmen. Es wurde ein Gewinn erzielt, und Rückstellungen wurden vorgenommen. Rolf Weidmann und Roman Winiger konnten die Buchhaltung nachvollziehen und empfehlen

Décharge. Diese wird erteilt. Gian Bott wird für seine Arbeit verdankt.

5. Festsetzung des Jahresbeitrages 2011

Dieser ist gleichbleibend. CHF 60.– für Aktive und CHF 30.– für Passive. Es wird akzeptiert.

6. Beitritt neuer Verbände; Änderungen

Es sind keine neuen Aufnahme-gesuche erfolgt. Die Vertreterin des Zürcher Verbandes der Logopädinnen und Logopäden, Susanne Schmolke, tritt zurück. Connie Bauer stellt sich als Vorstandsmitglied für den ZBL zur Verfügung. Rolf Bosshart, Präsident des Mittelschulleherverbandes Zürich, ist ebenfalls als Vorstandsmitglied zu wählen.

7. Ersatzwahlen in den Vorstand

Diese erfolgten wunschgemäss, wie sie schon im Traktandum 6 erwähnt wurden.

8. Verschiedenes

Der neue GV-Termin wird festgelegt: 16. Mai 2011.

Für das Protokoll:

Theres Bernegger Weber

Dank Mitgliederrabatt:
CHF 250.– an Prämien* gespart!



FORMULA

15 % Rabatt!



*Zum Beispiel bei einem VW Golf 1.8 TSI mit Haftpflicht, Vollkasko und Insassenversicherung.

Möchten Sie mehr wissen über unsere Angebote?

GENERALI Group Partner

Tel. 0848 848 391

www.generali.ch/vsta

Einfach



VStA | Verband der Staatsangestellten
des Kantons Zürich Gegründet 1902



GENERALI

5. EINLADUNG zur Generalversammlung vom

Montag, 16. Mai 2011, 18.00 Uhr,

im Zürich **Marriott Hotel**, Neumühlequai 42, 8001 Zürich
(hinter der Kantonalen Verwaltung)

Achtung: Bitte mit untenstehendem Talon anmelden!

Traktanden:

1. Protokoll der GV vom 12. April 2010 (siehe oben)
2. Feststellung der Präsenz und Wahl der Stimmenzähler
3. Jahresbericht des Vorstandes für 2010
4. Jahresrechnung und Déchargeerteilung
5. Festsetzung des Jahresbeitrages 2012
6. Wahlen: Vorstand, Präsidium, Rechtsschutzstelle
7. Wahlen Revisoren
8. Aus- und Beitritt neuer Verbände
9. Verschiedenes

Danach wird ein Nachtessen serviert, zu dem Sie herzlich eingeladen sind.

Der Vorstand

Anmeldung

zur Teilnahme an der Generalversammlung des VStA vom Montag, 16. Mai 2011 im Zürich **Marriott Hotel**, Neumühlequai 42, 8001 Zürich

Name und Vorname: _____

Amt und Tel. Nr.: _____

Anmeldung bitte bis am **9. Mai 2011** zurücksenden an:

Ferdinand Hürlimann, Bezirksgericht Zürich, Postfach, 8026 Zürich
oder per E-Mail an vsta@bluewin.ch

Anmeldetalon für Beitritt zum VStA

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Anrede/Titel

Nachname

Vorname

Strasse

PLZ

Ort

Geburtsdatum

Beruf/Funktion

Direktion

Amt

Anmeldedatum

Geworben durch

Arbeitsort/Adresse

Bemerkungen

Telefon Privat

Telefon Geschäft

E-Mail Adresse

Bitte einsenden an:
Verband der Staatsangestellten
des Kantons Zürich
8000 Zürich



**Werden Sie
Mitglied beim Verband
der Staatsangestellten
des Kantons Zürich VStA**

